

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 10. März 1993
am Donnerstag, dem 11. März 1993

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	66, 67	Limbach, Editha (CDU/CSU)	21
Caspers-Merk, Marion (SPD)	47, 48	Riegert, Klaus (CDU/CSU)	22
Catenhusen, Wolf-Michael (SPD)	55, 56	Ringkamp, Werner (CDU/CSU)	23
Dehnel, Wolfgang (CDU/CSU)	24	Scharrenbroich, Heribert (CDU/CSU)	17
Eichhorn, Maria (CDU/CSU)	4	von Schmude, Michael (CDU/CSU)	59, 60
Erler, Gernot (SPD)	28, 29	Dr. Schnell, Emil (SPD)	51, 52
Göttsching, Martin (CDU/CSU)	1, 2	Schwanitz, Rolf (SPD)	36, 37
Graf, Günter (SPD)	38, 39	Dr. Seifert, Ilja (PDS/Linke Liste)	43
Habermann, Michael (SPD)	32, 33	Dr. Semper, Sigrid (F.D.P.)	26, 27
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	5, 6	Sielaff, Horst (SPD)	9, 10
Dr. Hartenstein, Liesel (SPD)	49, 50	Steen, Antje-Marie (SPD)	46
Hörsken, Heinz-Adolf (CDU/CSU)	18, 19	Stiegler, Ludwig (SPD)	40, 41
Klemmer, Siegrun (SPD)	12, 13	Dr. Ullmann, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	62, 63
Dr. Knaape, Hans-Hinrich (SPD)	11, 42	Vogt, Wolfgang (Düren) (CDU/CSU)	15, 16
Kronberg, Heinz-Jürgen (CDU/CSU)	57, 58	Wartenberg, Gerd (Berlin) (SPD)	7, 8
Kubatschka, Horst (SPD)	3, 25	Weißgerber, Gunter (SPD)	53, 54
Dr. Kübler, Klaus (SPD)	14, 61	Wester, Hildegard (SPD)	30, 31
Lange, Brigitte (SPD)	34, 35	Wittmann, Simon (Tannesberg) (CDU/CSU)	64, 65
Laumann, Karl-Josef (CDU/CSU)	20	Würfel, Uta (F.D.P.)	68, 69
Lennartz, Klaus (SPD)	44, 45		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie und Senioren	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Forschung und Technologie	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Auswärtigen	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	13

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordneter
**Martin
Göttsching**
(CDU/CSU)

Ist sich die Bundesregierung der Gefahr darüber bewußt, daß, obwohl die Verjährung bei bestimmten Straftatbeständen in der DDR geruht hat, ein nicht unbeträchtlicher Teil aus Personal- und Zeitmangel nicht mehr angeklagt werden kann?
2. Abgeordneter
**Martin
Göttsching**
(CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit laufende Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit SED-Unrecht trotz Personal- und Zeitmangels zum Tragen kommen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

3. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)

Aus welchem Grund hat sich die Bundesregierung nicht dafür eingesetzt, daß die letzte Sitzung des Agrar-Ministerrates mit der Entscheidung über die Bananenmarkt-Ordnung öffentlich tagte?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

4. Abgeordnete
**Maria
Eichhorn**
(CDU/CSU)

Trifft es zu, daß zunehmend mehr Ärzte durch Verschreibung pharmazeutischer Drogen, insbesondere Codeinpräparate, das Betäubungsmittelgesetz umgehen und damit über die Krankenkassen drogenabhängige Patienten mit Ersatzdrogen versorgen, wenn ja, welche Maßnahmen werden erwogen, um den Mißbrauch zu beseitigen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

5. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD)
- Anerkennt die Bundesregierung, daß mit der Ausklammerung einer Regelung für die Vertriebenen mit Wohnsitz in den neuen Ländern aus dem inzwischen verabschiedeten Kriegsfolgenbereinigungsgesetz die längst fällige Erfüllung der Forderungen der Vertriebenen auf einen materiellen Ausgleich um weitere Monate verzögert wird und damit wiederum eine nicht bekannte Zahl potentieller Anspruchsberechtigter wegen Ablebens nicht mehr in den Genuß dieses Ausgleichs kommt?
6. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD)
- Wie erklärt die Bundesregierung die Abweichung von ihrer seit Jahren vorgetragenen Argumentation, daß eine Ausgleichsregelung für Vertriebene in den neuen Ländern als Bestandteil der Bereinigung des Kriegsfolgenrechts anzusehen sei und eine Gleichbehandlung der Vertriebenen mit den Heimkehrern erfolgen sollte, wenn sie nunmehr den materiellen Ausgleich in Form einer einmaligen Zuwendung in einem Vertriebenenzuwendungsgesetz regeln will?
7. Abgeordneter
Gerd Wartenberg (Berlin)
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung die Zusage ihres Vertreters im Vermittlungsausschuß anläßlich der Beratung des Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes am 9. Dezember 1992, die älteren Berechtigten nach der zu erlassenden Entschädigungsregelung frühzeitig und zuerst zu berücksichtigen, dadurch einlösen will, daß die Auszahlung der einmaligen Zuwendung von 4000 DM an die in den neuen Bundesländern lebenden Vertriebenen in der Weise gestreckt werden soll, daß die Zahlung für die über achtzigjährigen Berechtigten erst ab 1996, für die über siebenzigjährigen Berechtigten erst ab 1998 und für die übrigen erst im Jahr 2000 fällig wird?
8. Abgeordneter
Gerd Wartenberg (Berlin)
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung die einmalige Zuwendung an die Vertriebenen in Höhe von 4000 DM sichern, wenn die Zuführungen zu dem sog. Entschädigungsfonds nicht in der Höhe, wie von ihr konzipiert wurde, fließen, zumal z. B. bei erwarteten Erlösen aus der Tätigkeit der Treuhandanstalt erhebliche Risiken bestehen?

9. Abgeordneter
Horst Sielaff
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit mir mitzuteilen, welcher wirtschaftliche Schaden durch Mietausfall, sowie Kosten für Heizung und Bewachung dadurch entstanden ist, daß seit über einem halben Jahr im Weierhof, Gemeinde Bolanden (Pfalz) 99 hervorragend ausgestattete ehemalige US-Wohnungen leerstehen, und was tut die Bundesregierung, damit dieser leerstehende Wohnraum endlich so bald als möglich genutzt werden kann?
10. Abgeordneter
Horst Sielaff
(SPD)
- Aus welchem Grunde ist die Bundesregierung nicht bereit, bei Bauten und Wohnungen ähnlich wie bei Grundstücken Verbilligungstatbestände in strukturschwachen und konversionsbelasteten Regionen gelten zu lassen, während die Bundesregierung zusieht, daß Gemeinden nicht in der Lage sind, dringend notwendigen Wohnraum zu erwerben oder anzumieten?
11. Abgeordneter
Dr. Hans-Hinrich Knaape
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Treuhandanstalt den Abschluß von langfristigen Pachtverträgen über die von ihr verwalteten Böden in den neuen Bundesländern an Einzelbauern und Genossenschaften zögernd und langwierig verhandelnd betreibt und dadurch die Existenz der bäuerlichen Betriebe gefährdet ist?
12. Abgeordnete
Siegrun Klemmer
(SPD)
- Welche detaillierte Rechtsauffassung vertritt die Bundesregierung bezüglich der Eigentümerschaft für das Gelände des ehemaligen DDR-Fernsehens in Berlin-Adlershof und wäre sie bereit, falls sie sich selbst als Eigentümer sieht und diese Auffassung sich durchsetzt, bei einer Veräußerung des Geländes dem Wunsch des Berliner Senats zu entsprechen und im Interesse der weiteren Nutzung des Standorts durch mittelständische (Medien-)Betriebe die Kaufpreisforderungen in einer Höhe zu halten, die eine solche Nutzung möglich macht?
13. Abgeordnete
Siegrun Klemmer
(SPD)
- Welchen Grund gibt es dafür, daß das „Naafi-Haus“ am Theodor-Heuss-Platz in Berlin, das bis dahin von den britischen Alliierten genutzt wurde und nun der Bundesregierung gehört, seit über zwei Jahren leersteht, und welcher Nutzung gedenkt sie dieses Gebäude zuzuführen, wobei zu berücksichtigen ist, daß das Gebäude während des andauernden Leerstands zu verwahrlosen droht (Tauben haben sich eingenistet) und von seiten des Bezirks Charlottenburg großes Interesse besteht, zumindest einen Teil der Räume, insbesondere ein ehemaliges Kino, für kommunale Zwecke zu nutzen?

14. Abgeordneter
Dr. Klaus Kübler
(SPD)
- Falls die Bundesregierung rechtlich dazu in der Lage ist, amerikanische Militärstandorte und Standort- bzw. Truppenübungsplätze auf Umweltschäden hin untersuchen zu lassen, wann hat sie davon bislang Gebrauch gemacht, und ist sie bereit, nach den Funden von ölverseuchtem Erdreich auf dem Standortübungsplatz Viernheimer/Lampertheimer Wald dort eine Untersuchung auf Umweltschäden – evtl. auch in Zusammenarbeit mit amerikanischen Stellen – zu veranlassen?
15. Abgeordneter
Wolfgang Vogt
(Düren)
(CDU/CSU)
- Teilt der Bundesminister der Finanzen die Auffassung, daß der Staat dafür zu sorgen hat, daß zunächst die Steuereinnahmequellen voll ausgeschöpft werden müssen, bevor Abgaben und Steuern erhöht werden?
16. Abgeordneter
Wolfgang Vogt
(Düren)
(CDU/CSU)
- Wie hoch schätzt das Bundesministerium der Finanzen den Aufkommensverlust bei der Einkommensteuer (entsprechend den Aufkommensanteilen der Gebietskörperschaften) in den Jahren 1990 bis 1993 vor dem Hintergrund, daß Steuerpflichtige vermehrt mit der Erklärung von Verlusten aus Nebentätigkeiten in mißbräuchlicher Weise die Steuern mindern, die sich aus ihren positiven Haupteinkünften ergeben würden?
17. Abgeordneter
Heribert Scharrenbroich
(CDU/CSU)
- Teilt der Bundesminister der Finanzen die Auffassung, daß für eine vollständige Ausschöpfung der Steuereinnahmequellen zeitnah das Personal bei den Finanzämtern aufgestockt werden muß?
18. Abgeordneter
Heinz-Adolf Hörsken
(CDU/CSU)
- Teilt der Bundesminister der Finanzen dabei die Auffassung, daß sich zusätzliches Personal in der Finanzverwaltung nicht nur selbst finanzieren, sondern darüber hinaus einen erheblichen Mehrertrag erbringen würde, insbesondere dann, wenn die Betriebsprüfungen zeitnäher vorgenommen würden?
19. Abgeordneter
Heinz-Adolf Hörsken
(CDU/CSU)
- Wie schätzt der Bundesminister der Finanzen die Feststellungen ein, die Finanzämter hätten bisher in einer Vielzahl von Fällen eindeutige Liebhabereibetätigungen infolge nachlässiger Bearbeitung nicht oder zu spät als solche erkannt und dadurch in erheblichem Umfang Steuerausfälle verursacht, und sieht er vor diesem Hintergrund einen bestimmten Handlungsbedarf?

20. Abgeordneter
**Karl-Josef
Laumann**
(CDU/CSU)
- Was denkt der Bundesminister der Finanzen für eine verbesserte Personalausstattung der Steuerverwaltung zu tun, zumal der Bund als Steuergläubiger ein großes Interesse an einer effektiven Steuerverwaltung haben muß, auch wenn die Länder hauptverantwortlich für Personalausstattung und Organisation der Steuerverwaltung sind?
21. Abgeordnete
**Editha
Limbach**
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Maßnahmen hat das Bundesministerium der Finanzen ergriffen, um die Ankündigung des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesministerium der Finanzen, Dr. Joachim Grünewald, vom 9. Februar 1993 umzusetzen, die Bundesregierung werde gemeinsam mit den Ländern die Steuerhinterziehung auch zukünftig bekämpfen?
22. Abgeordneter
**Klaus
Riegert**
(CDU/CSU)
- In welcher Weise gedenkt der Bundesminister der Finanzen die Länder bei der Bekämpfung des Mißbrauchs zu unterstützen, den der Rechnungshof des Landes Baden-Württemberg in seiner „Denkschrift 1992 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg mit Bemerkungen zur Landeshaushaltsrechnung 1990“ dokumentiert hat?
23. Abgeordneter
**Werner
Ringkamp**
(CDU/CSU)
- Hält der Bundesminister der Finanzen Forderungen für berechtigt, wonach es der Steuerverwaltung ermöglicht werden müsse, ihren gesetzsvollziehenden Auftrag wahrzunehmen, um der um sich greifenden Tendenz einer Wohlstands- und Freizeitgesellschaft entgegenzuwirken, Freizeit- und anderen privaten Aufwand mißbräuchlich steuermindernd geltend machen zu können?
24. Abgeordneter
**Wolfgang
Dehnelt**
(CDU/CSU)
- Welche Vorstellungen hat der Bundesminister der Finanzen in Zusammenarbeit mit den Ländern entwickelt, um den gesetzsvollziehenden Auftrag der Steuerverwaltung insoweit sicherzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

25. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf dem Luft/Boden-Schießplatz Siegenburg sprengstoffhaltiger Schrott, Blindgänger, die noch Sprengstoff enthalten und auch Hausmüll durch die US-Streitkräfte seit Jahren vergraben wurde, und was wird sie zum Schutz der Bevölkerung und der Umwelt dagegen unternehmen?

- | | |
|---|--|
| 26. Abgeordnete
Dr. Sigrid Semper
(F.D.P.) | Wie hat sich statistisch gesehen die Zahl der Selbstmorde und Selbstmordversuche von Bundeswehrangehörigen seit der Gründung der Bundeswehr entwickelt, und wird diese Entwicklung wissenschaftlich näher untersucht? |
| 27. Abgeordnete
Dr. Sigrid Semper
(F.D.P.) | Gibt es ermittelte oder vermutete Zusammenhänge zwischen dem Dienst bei den Streitkräften und den Suiziden bzw. Suizidversuchen, und wie wird gegebenenfalls darauf reagiert? |
| 28. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD) | Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Verbringung von Altchemikalien aus Beständen der Bundeswehr in die GUS in bezug auf Quantitäten und Gefährlichkeit der Stoffe sowie Rechtskonformität der Verbringung? |
| 29. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD) | In welchem Umfang sind Berichte zutreffend, daß größere Mengen von Calciumhypochlorid („C8“) unter Nichtbeachtung rechtlicher Vorschriften nach Belarus und Rußland verbracht worden sind, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung getroffen, um gegebenenfalls weitere vorschriftswidrige C8-Transporte und solche mit ungeklärtem Endverbleib zu unterbinden? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie und Senioren

- | | |
|---|--|
| 30. Abgeordneter
Hildegard Wester
(SPD) | Mit welcher Begründung beabsichtigt die Bundesregierung, die Leistungen der Sozialhilfe für Haushalte mit mehr als vier Personen zu kürzen? |
| 31. Abgeordneter
Hildegard Wester
(SPD) | Wie hoch ist das von der Bundesregierung bei ihren Berechnungen zugrunde gelegte Arbeits-einkommen, und auf welcher Berechnungs-grundlage basiert dieses Einkommen? |
| 32. Abgeordneter
Michael Habermann
(SPD) | Wie will die Bundesregierung, trotz der beabsichtigten Kürzung der Sozialhilfeleistungen für kinderreiche Familien, deren Existenzminimum sicherstellen, angesichts der Tatsache, daß die Leistungen des BSHG so konzipiert sind, daß sie dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht (sozio-kulturelles Existenzminimum)? |

- | | |
|---|---|
| 33. Abgeordneter
Michael Habermann
(SPD) | Welche prozentuale Erhöhung haben die Regelsätze des BSHG und die Leistungen des Kinderlastenausgleichs seit 1983 erfahren? |
| 34. Abgeordnete
Brigitte Lange
(SPD) | Welche Auswirkungen hat die Kürzung der Sozialhilfe auf die Berechnung des Existenzminimums, und in welcher Höhe würde das derzeitige Existenzminimum gesenkt werden? |
| 35. Abgeordnete
Brigitte Lange
(SPD) | Wie hoch ist jeweils die Anzahl der Familien mit ein, zwei, drei und mehr Kindern, und wie viele von den Familien mit drei und mehr Kindern bezogen 1991 Sozialhilfe? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

- | | |
|--|--|
| 36. Abgeordneter
Rolf Schwanitz
(SPD) | Wie hat sich die Zahl alkoholbedingter Unfälle im Straßenverkehr seit dem 1. Januar 1993 in den neuen wie den alten Bundesländern im Vergleich zu den Vorjahresmonaten verändert, und wie stark war hierbei die Veränderung bei den Getöteten? |
| 37. Abgeordneter
Rolf Schwanitz
(SPD) | Wie bewertet die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die seit Anfang des Jahres in den neuen Bundesländern geltende 0,8-Promille-Grenze, wo doch nach den jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 1991 zum einen die Zahl der Alkoholunfälle in den neuen Bundesländern im Gegensatz zu den alten Ländern drastisch angestiegen ist, zum anderen in den neuen Bundesländern die gemessenen Blutalkoholkonzentrationen durchschnittlich höher waren als im alten Bundesgebiet, also anzunehmen ist, daß sich diese Entwicklung durch die Untätigkeit der Bundesregierung eher noch verstärken wird? |
| 38. Abgeordneter
Günter Graf
(SPD) | Ist es zutreffend, daß der 6-spurige Ausbau der Autobahn A 1 (Hansalinie) zwischen dem Ahlhorner Dreieck und dem Lotter Kreuz bei Osnabrück Ende 1995 beginnen soll? |

39. Abgeordneter
Günter Graf
(SPD)
- Wenn ja, wie erklärt es sich dann, wie in öffentlichen Medien zu lesen war, daß die Einstufung der A 1 in den vordringlichen Bedarf im Bundesverkehrswegeplan zwischenzeitlich in Bonn durchgesetzt wurde, obwohl mir auf meine Anfrage hin Gegenteiliges mitgeteilt wurde?
40. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn, zumindest im Bereich der Bundesbahndirektion Nürnberg, allen Beamten des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes die Lohnsteuerkarten 1992 für den Lohnsteuerjahresausgleich noch nicht zurückgegeben hat, und bis wann können die Beamten damit rechnen, endlich die Unterlagen für die Lohnsteuererstattung zu bekommen?
41. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf den ostbayerischen Strecken die zur Verfügung stehenden Pendolino-Garnituren nicht ausreichen, um einen optimalen Fahrplan anzubieten, und was wird sie unternehmen, um die zusätzliche Beschaffung weiterer Pendolino-Garnituren zu ermöglichen?
42. Abgeordneter
Dr. Hans-Hinrich Knaape
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung den Flughafen Berlin-Schönefeld zu einem Großflughafen ausbauen möchte und von anderen Standorten eines Großflughafens im Land Brandenburg Abstand nimmt?
43. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(PDS/Linke Liste)
- Sieht die Bundesregierung in der Teltowkanaltrasse eine akzeptable Lösung für eine Verbindung der BAB A 100 und BAB A 113?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

44. Abgeordneter
Klaus Lennartz
(SPD)
- Wo wurden in Trinkwasserbrunnen der neuen Bundesländer gelagerte Kobaltstäbe entfernt bzw. nicht entfernt, und wann wird die Entfernung der Stäbe abgeschlossen sein?

- | | |
|---|---|
| 45. Abgeordneter
Klaus Lennartz
(SPD) | Kann die Bundesregierung jegliche gesundheitliche Gefährdung durch den Genuß von Trinkwasser aus Trinkwasserbrunnen, in denen Kobaltstäbe gelagert wurden oder werden, für die Vergangenheit und für die Zukunft ausschließen? |
| 46. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD) | Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, ob Altöle als Beimischungen in Heizöl gegeben werden, und wenn ja, ob bei der Verbrennungsphase ausgeschlossen ist, daß dadurch Schadstoffe als umweltbelastende und gesundheitsschädigende Emissionen entweichen? |
| 47. Abgeordnete
Marion Caspers-Merk
(SPD) | Welche technischen Sicherheitsstandards sind in den Verarbeitungsbetrieben für Kunststoffabfälle in Indonesien vorhanden, und hat der TÜV die entsprechenden Anlagen umfassend begutachtet? |
| 48. Abgeordnete
Marion Caspers-Merk
(SPD) | Inwieweit ist Indonesien in der Lage, aus den Kunststoffabfällen hochwertige Recycling-Kunststoffe herzustellen, und warum können diese Möglichkeiten nicht in der Bundesrepublik Deutschland realisiert werden? |
| 49. Abgeordnete
Dr. Liesel Hartenstein
(SPD) | Wie viele Tonnen Kunststoffabfälle mit dem Grünen Punkt hat die Verwertungsgesellschaft für Kunststoffe (VGK) nach Indonesien geliefert, und seit wann werden solche Lieferungen durchgeführt? |
| 50. Abgeordnete
Dr. Liesel Hartenstein
(SPD) | Welche Verarbeitungsbetriebe für Kunststoffabfälle mit welcher Kapazität sind in Indonesien in Betrieb? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Forschung und Technologie

- | | |
|--|--|
| 51. Abgeordneter
Dr. Emil Schnell
(SPD) | Wird in den drei neugegründeten Großforschungseinrichtungen (Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin in Berlin, Umweltforschungszentrum in Leipzig/Halle, Geoforschungszentrum in Potsdam) bislang der in den „Grundsätzen für die Personalauswahl“ vom 19. September 1991 empfohlene Grad der Durchmischung (max. ca. 10% westdeutsche und ausländische Wissenschaftler) eingehalten? |
|--|--|

52. Abgeordneter
Dr. Emil Schnell
(SPD)
- Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ggf. ergreifen, um die Einhaltung dieses Wertes sicherzustellen?
53. Abgeordneter
Gunter Weißgerber
(SPD)
- Welche wissenschaftlichen Stellen wurden in den drei neugegründeten Großforschungseinrichtungen (Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin in Berlin, Umweltforschungszentrum in Leipzig/Halle, Geoforschungszentrum in Potsdam) extern ausgeschrieben, und wie viele von diesen wurden mit auswärtigen Wissenschaftlern besetzt?
54. Abgeordneter
Gunter Weißgerber
(SPD)
- Wie viele neu zu besetzenden Positionen in den Großforschungseinrichtungen sind bislang noch nicht neu besetzt worden?
55. Abgeordneter
Wolf-Michael Catenhusen
(SPD)
- Sind die am 19. September 1991 von den Wissenschaftsministern der neuen Bundesländer einschließlich Berlins und vom Bundesministerium für Forschung und Technologie beschlossenen „Grundsätze für die Personalauswahl“ nach wie vor als gültige Grundlage bei der Stellenausschreibung und -besetzung anzusehen, und sind diese Grundsätze für die von Bund und Ländern gemeinsam finanzierten Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern verbindlich?
56. Abgeordneter
Wolf-Michael Catenhusen
(SPD)
- Hält die Bundesregierung nach ihren bisherigen Erfahrungen diese Grundsätze für ausreichend, um eine Umsetzung der darin niedergelegten Ziele (Neubesetzung der Leitungspositionen, personelle Kontinuität, Durchmischung, Wahrung sozialer Belange) sicherzustellen, oder sieht sie in der Praxis gravierende Abweichungen von diesen Prinzipien?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Auswärtigen

57. Abgeordneter
Heinz-Jürgen Kronberg
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß die Zahlungen der Bundesrepublik Deutschland an die EG-Kommission bezüglich der Hilfe für die Flüchtlingsbetreuung im ehemaligen Jugoslawien 162 Mio. DM – bei einem Finanzvolumen von 578 Mio. DM für die EG insgesamt –

- betragen, aber die Bewilligungsquote von Finanzhilfen aus diesen Mitteln an deutsche Nichtregierungsorganisationen trotz wesentlich höheren Antragsvolumens bei immer noch deutlich unter 1% liegt, und wie gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls gegen diese Vergabepraxis vorzugehen?
58. Abgeordneter
Heinz-Jürgen Kronberg
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß beim Ankauf der Hilfsmittel für das ehemalige Jugoslawien durch Nichtregierungsorganisationen unter Zuhilfenahme der EG-Mittel auch entsprechende Warenangebote seitens der Firmen in den neuen Bundesländern stärker Berücksichtigung finden sollten, und will sie sich in Zukunft stärker für eine demgemäße Vergabepraxis seitens Nichtregierungsorganisationen bei der EG-Kommission einsetzen?
59. Abgeordneter
Michael von Schmude
(CDU/CSU)
- Wie viele Deutsche haben sich jeweils in den vergangenen Jahren bei den deutschen Auslandsvertretungen gemeldet und um Sozialhilfe nachgesucht, insbesondere in den USA (speziell Florida), Spanien (speziell Palma de Mallorca, Gran Canaria), Griechenland, Tunesien, Südafrika, Thailand?
60. Abgeordneter
Michael von Schmude
(CDU/CSU)
- Handelt es sich nach den Erkenntnissen des Auswärtigen Amtes bei den betreffenden Sozialhilfeempfängern auch um Personen, die bereits langfristig Sozialhilfe im Ausland beziehen?
61. Abgeordneter
Dr. Klaus Kübler
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Ende Februar dieses Jahres von der türkischen Menschenrechtsstiftung in Ankara vorgestellten Jahresbericht zur Lage der Menschenrechte in der Türkei, und wie verhält sie sich zu den Äußerungen des türkischen Ministerpräsidenten Suleyman Demirel, die Türkei erwarte von Deutschland, daß es keine türkischen Asylbewerber mehr dauerhaft aufnimmt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

62. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Ullmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Haben auch einzelne Mitglieder der Bundesregierung im Rahmen ihrer Amtsausübung seit 1983 geldwerte Vorteile durch natürliche oder juristische Personen privaten Rechts zugewendet bekommen, und bejahendenfalls welche Mitglieder?

- | | |
|--|---|
| 63. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Ullmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Falls dies zutrifft, welche Personen haben diese Zuwendungen jeweils erbracht, und welche Entgelt- sowie Steuerzahlungen haben die betreffenden Empfänger für diese Zuwendungen jeweils geleistet? |
| 64. Abgeordneter
Simon Wittmann
(Tännenberg)
(CDU/CSU) | Warum dauert die Bearbeitung von Beihilfeanträgen für Beamte des Bundesgrenzschutzes beim Grenzschutzpräsidium Süd - München circa 3 Monate, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diesen für die betroffenen Beamten unzumutbaren Mißstand zu beheben? |
| 65. Abgeordneter
Simon Wittmann
(Tännenberg)
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß mit einer Verlagerung der Beihilfebearbeitung des Bundesgrenzschutzes in eine strukturschwache Region wie die Oberpfalz mehr motivierte und einsatzbereite Arbeitskräfte rekrutiert werden können, und wie begründet die Bundesregierung ihre Haltung? |
| 66. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU) | Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder vor, daß die PDS von ehemaligen Stasi-Mitarbeitern durchsetzt ist und wie sich das auf die politische Zielsetzung der SED-Nachfolgepartei auswirkt, und welche sind das ggf.? |
| 67. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU) | Was beabsichtigt die Bundesregierung gegen die angekündigte Verletzung der Bannmeile um den Deutschen Bundestag – im Zuge der zweiten und dritten Lesung des Gesetzes zur Änderung des Asylrechtes – zu unternehmen? |
| 68. Abgeordnete
Uta Würfel
(F.D.P.) | Treffen nach Ansicht der Bundesregierung Behauptungen zu, daß aus den Mitteln des Bundesministeriums des Innern Leichtathletiktrainer bezahlt werden, von denen bekannt ist, daß sie Doping anwenden? |
| 69. Abgeordnete
Uta Würfel
(F.D.P.) | Wie rechtfertigt die Bundesregierung die staatliche Unterstützung für den DLV, wenn der DLV Trainer beschäftigt, die Doping betreiben? |

Bonn, den 5. März 1993

